

BESCHÄFTIGUNG

Arbeitsagentur will mehr Privatvermittler



OBERHAUSER / CARO

Berufsinformationszentrum der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will verstärkt private Anbieter mit der Vermittlung von Arbeitslosen betrauen. Ein entsprechender „Modellansatz“ soll im kommenden Jahr in sechs Agenturen erprobt werden, heißt es in einem Vorstandspapier für den BA-Verwaltungsrat. Danach sollen Kontingente von bis zu 1000 Arbeitslosen für mindestens sechs Monate in die Obhut privater Beschäftigungsagenturen überstellt werden. Diese sollen sie dann gegen eine Erfolgsgebühr auf dem ersten Arbeitsmarkt unterbringen. Von dem Konzept verspricht sich die BA laut Papier eine intensivere Betreuung von Arbeitslosen mit „mittleren bis schweren Integrationshemmnissen“ sowie eine stärkere „Spezialisierung in Teams“. Was sich bei den Firmen als erfolgreich erweist, soll anschließend von den Agenturen übernommen werden. Das Programm lehnt sich an die „Employment Zones“ in Großbritannien an, wo staatliche Arbeitsverwaltung und private Vermittler seit Jahren erfolgreich zusammenarbeiten. Behördeninterne Kritiker dagegen fürchten, dass sich die Agenturen langfristig selbst überflüssig machen, wenn sie einen Großteil ihrer wichtigsten Aufgabe an Dritte abgeben.

DEUTSCHE BAHN

Mehdorn bietet Bund Immobilien an

Nachdem sich die Koalition vergangene Woche auf einen Fahrplan zum Börsengang der Deutschen Bahn (DB) geeinigt hat, geht DB-Chef Hartmut Mehdorn nach den monatelangen Reibereien mit der Politik auf Kuschelkurs. Obwohl Bahn-Strategen den Kompromiss – Teilprivatisierung noch in dieser Legislaturperiode, Bilanzierung des Schienennetzes durch die DB – als „unter diesen Umständen bestmögliches Ergebnis“ feierten, gab der DB-Chef die Parole aus, nicht in allzu laute Jubelorgien zu verfallen. Und auch sonst stimmte Mehdorn zuletzt eher versöhnliche Töne an – wohl auch, um einen von der Opposition angedrohten Untersuchungsausschuss zu vermeiden. FDP und Grüne fürchten, dass es einem möglichen Investor vor allem darum gehen könne, den Immobilienbesitz der Bahn zu verschern. In einem Schreiben an Finanzminister Peer Steinbrück und seinen Verkehrskollegen Wolfgang Tiefensee vom 30. Oktober versuchen Mehdorn und

sein Finanzvorstand Diethelm Sack diese Bedenken auszuräumen. „Angeblich existieren ‚Stille Reserven‘, die das Unternehmen zu Lasten des Eigentümers und des Steuerzahlers und zugunsten zukünftiger privater Aktionäre einsetzen will“, heißt es in dem Brief. Die DB habe aber zu keiner Zeit ihren Geschäftserfolg „aus einer Unterbewertung von Immobilien geschöpft und plant dies auch nicht nach einem Börsengang“. Daher biete man an, das Immobilienvermögen der DB zum Buchwert an die bundeseigene Immobilien-Verwertungsgesellschaft zu verkaufen. „Die vermuteten Stillen Reserven fielen dann vollständig beim Bund an.“ Auf eine Summe, die der Bund in diesem Fall an die Bahn zahlen müsste, wollten sich Mehdorn und Sack hingegen nicht festlegen.



Berliner Hauptbahnhof

PIERRE ADENIS / LAIF

BANKENAUF SICHT

Ermittlungen verzögern sich

Jochen Sanio, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), muss wegen des Korruptionsskandals in der Behörde weiter um seine Entlastung durch den Verwaltungsrat bangen. Der entsprechende Beschluss wurde bereits zweimal verschoben, weil noch immer gegen sechs BaFin-Mitarbeiter ermittelt wird. Der zuständige Finanzstaatssekretär Thomas Mirow hatte zunächst damit gerechnet, dass alle Ermittlungsverfahren schon Ende Oktober beendet sein würden. Doch daraus wurde nichts. Zwar werde das Verfahren gegen den Hauptbeschuldigten Mike R. „vermutlich noch im November abgeschlossen“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Bonn. Doch entscheidend für ein Votum bei der Sitzung am 24. November ist das Ergebnis der Ermittlungen gegen fünf weitere BaFin-Mitarbeiter, darunter Sanios Vertraute, die Abteilungsleiterin Claudia E. Diese Verfahren aber, so der Sprecher, werden sich wohl über den Sitzungstermin hinaus hinziehen.



Sanio

HANS-GÜNTHER OED / VARIO-IMAGES